

Warum führt die derzeitige deutsche Energiepolitik die gesamte Volkswirtschaft in die Irre?

Versuch einer Auseinandersetzung

Ursächlich für fast alle Veränderungen, Weiterentwicklungen in den Volkswirtschaften war und ist die Elektrizität. Erst Strom hat die stetigen Verbesserungen innerhalb der letzten 120 Jahre möglich gemacht. Die Arbeitszeitverkürzungen (Halbierung) von ca. 60 – 80 Wochenstunden auf heute ca. 35- 40 Wochenstunden wären ohne Strom nicht denkbar. Erst die Substitution von Manpower durch Strom verbilligte Produkte und Leistungen und machte damit die extreme Wohlstandsverbesserung breiter Schichten in den letzten 120 Jahren möglich.

Das Schrumpfen der Bevölkerung in der Zukunft, die Veränderungen in der Altersstruktur führt zu Arbeitskräftemangel. Die Folge muss und wird eine intensiv fortschreitende Automatisierung sein. Automatisierung ist Substitution menschlicher Arbeitskraft durch Strom.

Der Bedarfsverlauf bei Strom und die Wind- und Sonnenstromproduktionszeit lassen sich nicht koordinieren. In ca. 6300 - 6500 von 8760 Jahresstunden kann witterungsbedingt weder mit Sonne noch mit Wind Strom erzeugt werden.

Im privaten Bereich wollen und Können Menschen aber ihren Tagesablauf nicht den fluktuierenden Sonnen- und Windverhältnissen unterordnen. Ein selbstbestimmtes Leben wäre nicht mehr möglich.

Eine Produktionssteuerung in der Wirtschaft durch Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit von Strom würde zum Chaos führen. Deutschland könnte nicht länger Wirtschaftsstandort sein. Massenarbeitslosigkeit und der Zusammenbruch des Sozialstaats wäre die Folge.

Zu Wenigen ist bewusst, dass der eingeschlagene Weg genau dahin führt, wenn die Bürger dem nicht ein Ende setzen. Die Frage ist, wollen die Bürger informiert werden oder wollen sie doch lieber von Information ungestört ihren Emotionen folgen?

DENA, die deutsche Energieagentur verbreitete am 24.7.13 folgende Nachricht:

Mit der Energiewende hat sich Deutschland für einen grundlegenden Umbau des Energiesystems entschieden, der mehr bedeutet als den Ausstieg aus der Atomkraft und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Er verlangt u. a. neue Kraftwerke, hohe finanzielle Investitionen, verstärkte Energieeinsparung und nicht zuletzt die Beteiligung der Bürger. Dazu gehört nicht nur die Anpassung des eigenen Verhaltens im Umgang mit Energie, sondern auch die Akzeptanz für den Wandel der Energielandschaft.

Die Energiewende ist ein sehr komplexer und langwieriger Transformationsprozess, der noch viele Debatten und einen stetigen Austausch über die richtigen Mittel und Wege erfordert. Folgende Fragen sollten breit diskutiert werden:

Fragen:

Warum? Was ist der Grund? Warum soll Deutschland diese Last tragen?

1. Warum sollen die Bürger akzeptieren, was die Volkswirtschaft an den Abgrund führt, möglicherweise auch drüber hinaus, ohne dass es dafür eine Begründung gibt?
2. Warum sollen in Deutschland die Bürger ihre Stromnutzung an die Bereitstellung anpassen, während überall auf der Welt die Stromproduktion dem Bedarf angepasst wird?
3. Wie, und um wie viel trägt Strom aus Wind und Sonne zur CO₂-Reduzierung bei?
4. Warum brauchen wir zusätzlich noch Kohle und/oder Gaskraftwerke?
5. Wenn gesagt wird, wir brauchen sie noch einige Zeit, wie lange ist das?

6. Warum wird unterstellt, nur exportierende Unternehmen stünden im Internationalen Wettbewerb?
7. Können nicht auch nur für den deutschen Markt produzierende Unternehmen im globalisierten Markt durch die den Wettbewerb verzerrenden Strompreise gezwungen sein ihre Belegschaft zu reduzieren oder ihre Existenz aufzugeben?
8. Warum wird unterstellt, die derzeitige Energiepolitik führe in eine positive Zukunft?
9. Warum wird nicht intensiv untersucht, ob diese Politik dem Ziel dient oder eher und wie weit vom Ziel hinwegführt?
10. Warum wird nicht untersucht, ob es nicht eher ein Marsch in eine Sackgasse ist?

Antwort: Weil weder die Bundesregierung noch eine der Parteien die Kraft aufbringt, die Bürger über die physikalischen und ökonomischen Sachverhalte und deren Wechselwirkung zu informieren. Es ist die Angst, den Bürgern zuzusagen, wir haben euch in die Sackgasse geführt, zu sagen, es gibt keinen Grund Strom aus Wind- und Sonnenkraft zu produzieren.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage hat die Misere und den Ausweg daraus am letzten Dienstag in seinem aktuellen Gutachten exakt beschrieben. Ein Auszug:

Der Energiewende **fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept**. Insbesondere bei der Förderung von Windkraft, Photovoltaik und Biomasseindustrie gibt es **gravierende Fehlentwicklungen**, die unserem Land sehr schaden. **Von diesen schädlichen Entwicklungen profitiert eine lautstarke Minderheit sehr stark finanziell.**

Der folgende Text ging, jeweils mehr oder weniger variiert im Laufe Oktober an Bundestagsabgeordnete, Koalitionsverhandlungs-AG-Energie von Union und SPD, Verbände und viele Weitere.

Ob Schadstoffemissionen die Entwicklung des Klimas negativ beeinflussen, ist umstritten. Es ist aber notwendig sich auf den Worst Case vorzubereiten, denn bis es entschieden ist, kann es zu Gegenmaßnahmen zu spät sein. Deshalb ist es, bis Klarheit herrscht, richtig die Schadstoffemissionen, insbesondere die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Vor ca. 15 Jahren sah man die Lösung in den regenerativen Energien, besonders in Windkraft und Photovoltaik. Danach mutierte diese Methode zum Glaubensbekenntnis. Jeder, der heute fragt, ob dieser Weg überhaupt zum Ziel führt, wird gesellschaftlich geächtet, er hat gegen die Political Correctness verstoßen. Eine wissenschaftliche Methodendiskussion findet fast nur im Hintergrund statt, siehe „EIKE“ und eher allgemeinverständlich bei „Vernunftkraft. de.“ Wenn heute an der Energiewende bzw. dem EEG Kritik geübt wird, geht es fast immer nur um deren Kosten. Das ist zwar sehr wichtig, aber ich vermisse die Frage, ob es denn ein zielführender Weg ist, ob es überhaupt einen Grund gibt Strom aus Wind und Sonne zu produzieren.

Ich sehe die deutsche Energiepolitik in einer Sackgasse und an der neuen Regierung wird es liegen, ob der energiepolitische Marsch in die Sackgasse fortgesetzt wird oder ob Deutschland aus der Sackgasse wieder herausfindet. Von ihr hängt es ab, ob die deutsche Wirtschaft im Interesse aller Bürger weiter prosperiert, oder ob die jetzt noch schwachen Absetzbewegungen von Unternehmen ins Ausland sich rasant verstärken.

Meine mir über Jahrzehnte beruflich zugewachsene Kompetenz im Energiebereich ist Anlass, mich aus Verantwortungsbewusstsein in die Debatte einzumischen. Nachfolgend

eine Stellungnahme. Ich hoffe, damit u.a. wenig oder garnicht betrachtete Zusammenhänge bewusztzumachen.

Eine versorgungssichere Stromversorgung aus Wind und Sonne ist aus physikalischen Gründen nicht möglich, und weiterhin, kann mit Strom aus Wind und Sonne CO₂ nur marginal, in manchen Jahren möglicherweise garnicht eingespart werden. Einerseits sagt die Bundesregierung, die Menschen und Unternehmen brauchen sichere, saubere und bezahlbare Energie und andererseits sagt sie, wir werden den Weg hin zu einer vollständig regenerativen und dabei verlässlichen, umweltschonenden und bezahlbaren Energieversorgung entschlossen vorangehen. Nach heutigem Stand der Technik ist das unmöglich! Zur Ruhigstellung der Wähler wird eine Fata Morgana erzeugt aber die kann durch einen politischen Beschluss nicht Realität werden. Der Notruf von Garrelt Duin, (SPD) dem Wirtschaftsminister in NRW, zeigt überdeutlich, dass es so nicht weitergehen kann. Die Energiewende droht nach seiner Einschätzung für viele Kommunen zur finanziellen Katastrophe zu werden. Die Städte müssten eine Sparorgie hinlegen, die ihresgleichen sucht. Bei Gesprächen mit Kämmerern schlage ihm die nackte Not entgegen. In vielen Sparten der Politik wird immer wieder neu bewiesen, Planwirtschaft kann zu keinem positiven Ergebnis führen. Die Blindheit für die Folgen des eigenen Tuns wurde mittlerweile zur Berufskrankheit der Politiker.

Warum hat man das ursprüngliche Ziel, die CO₂-Emmissionen zusenken, aus den Augen verloren?

Die Energiewende, soweit es die Stromerzeugung aus Wind und Sonne betrifft, ist ein Placebo. Der überwiegende Teil der Bürger ist beruhigt, es wird ja etwas getan. Das hat die CO₂-Reduzierung völlig aus dem Blick verschwinden lassen.

Wir brauchen die Rückkehr der Politik zu Rationalität und Realismus. So wie die Energiewende heute gestaltet wird, mag sie zwar politisch zu beschließen sein aber sie ist bei dem heutigen Stand der Technik physikalisch unmöglich. Strom aus Wind und Sonne ist kein ÖKO-Strom. Die CO₂-Einsparung gegenüber 100% fossiler Stromerzeugung ist, wie im Folgenden beschrieben, vernachlässigbar, raubt aber der Volkswirtschaft jetzt ca. 24 Milliarden Euro p.a. mit kräftig steigender Tendenz. In Wettbewerbsnationen sinken die Energiepreise. In Deutschland steigen sie. Keine Volkswirtschaft dieser Welt kann diese Energiepolitik verkraften. Der DENA-Chef, Stephan Kohler* sagt: „Wenn wir der Idee folgen, unsere ganze Versorgung innerhalb von 15 bis 20 Jahren vollständig auf Wind- und Solarenergie auszurichten, werden wir Schiffbruch erleiden.“ Ich fasse eindringlich zusammen:

Die Fakten:

Aus physikalischen Gründen kann der Verbrauchsanteil des Stroms aus weiterem Zubau von Windkraft und Photovoltaik in Deutschland nicht wesentlich erweitert werden. Ich erläutere dies anhand der Stromproduktionszahlen von 2012.

Von der AGEB, AG Energiebilanzen e.V. gibt es eine DIN-A4-Seite, auf der die Bruttostromerzeugung von 1990 bis 2012, unterteilt nach den Energieträgern, aufgelistet ist. z.B. 2012: Windkraft 50.7 Mrd. KWh + Photovoltaik 26,4 Mrd. KWh = 77 100 000 MWh. Im Windkraft- und Photovoltaikbereich waren 2012 ca. 60 000 MW installiert.

60 000 MW installierte Leistung ermöglichen theoretisch in 8760 Jahresstunden eine Produktion von 525 600 000 MWh. Die tatsächliche W+S Stromproduktion belief sich auf 77 100 000 MWh. Die wahllos unsteuerbar über das Jahr verteilten Zeitspannen, in denen Strom (aus W + S) erzeugt wird, werden rein rechnerisch zu „Volllaststunden“ zusammengezogen. Der Begriff wird ausführlich erläutert unter:

<http://www.energie-lexikon.info/volllaststunden.html>

Die Summe der produzierten KWh wird geteilt durch 1/100 der Maximalmöglichkeit. Dies ergibt für 2012 14.66% = 1285 Volllaststunden von 8760 Jahresstunden. Die

Stromerzeugung aus steuerbaren regenerativen Quellen, Wasser, Bio-Masse usw. beträgt 2012 = 12,44%. Demzufolge wurden 72.9% des verbrauchten Stroms in ca. 6386 Volllaststunden des Jahres mit fossilen Brennstoffen oder mit AKW erzeugt.

Ich bitte, den Beitrag von Dr.-Ing. Detlev Ahlborn zu lesen.
<http://www.vernunftkraft.de/statistik/> Er trägt wesentlich zum Verständnis aller Zusammenhänge bei, auch mit erläuternden Diagrammen.

Wenn die installierte Leistung im Wind + Solarbereich verdoppelt wird, verdoppelt sich auch die Stromproduktion, aber die Volllaststunden bleiben gleich, das Zeitfenster ändert sich nicht. Das Zeitfenster = Volllaststunden, in dem mit schwankender Wind- und Sonnenkraft Strom produziert werden kann, bewegt sich naturbestimmt immer innerhalb von etwa 14% bis maximal 20% des Jahres bzw. der Zeit. Eine Produktionssteigerung durch die Installation von mehr W + S-Leistung führt deshalb nur zu mehr Überschussproduktion, die dann in das Ausland verschleudert werden muss, auch zu negativen Preisen. Die Differenz zwischen Erzeugervergütung und Exporterlös wird auf die Inlandverbraucher mit Hilfe des EEG umgelegt.

2012 haben deutsche Verbraucher die Stromverbilligung in Nachbarländern mit 3 Milliarden Euro subventioniert und 421 MWh konnten in Deutschland vom Netz nicht aufgenommen werden, mussten aber zu Lasten der Verbraucher trotzdem bezahlt werden. Das hat sich seit 2010 verdreifacht und trotzdem soll der Ausbau immer weiter gehen?

Stephan Kohler * sagt: „Von den niedrigen Strompreisen an der Börse profitieren auch unsere europäischen Nachbarn. Aber dort zahlt niemand die EEG-Umlage.“

Diese Wettbewerbsverzerrung halten vor allem Mittelständler nicht mehr lange aus.“

Die Ziele der Stromerzeugung aus Wind und Sonne und der Reduktion der CO₂-Emission sollen miteinander in Einklang gebracht werden. Auch das ist unmöglich.

Da Wind und Sonne nur zeitlich beschränkt in maximal 20% der Zeit zur Verfügung stehen, wie vorstehend beschrieben, kann in mindestens ca. 70% der Zeit, nach Abschalten aller AKW, der Strom nur mit fossilen Kraftwerken erzeugt werden, also ohne CO₂-Minderung. Wegen der Abhängigkeit von der Sonneneinstrahlung und dem Windaufkommen müssen die konventionellen Kraftwerke ständig weiterlaufen. Z.B. Eine Verdoppelung der Windgeschwindigkeit verachtfacht die Stromproduktion und die Halbierung lässt sie bis auf ca. 12% absacken. Um andererseits sofort Wind und Sonnenschwankungen bzw. deren Totalausfall sofort ausgleichen zu können, dürfen 30% der Nennleistung der fossilen Kraftwerke nicht unterschritten werden. Das führt bereits heute sporadisch unsteuerbar zu erheblichen Stromüberschüssen. Alles zusammen betrachtet führt die Stromproduktion aus Wind und Sonne zu einer bestenfalls vernachlässigbaren CO₂-Einsparung.

Dafür zahlen wir im nächsten Jahr 24 Milliarden Euro, Tendenz steigend!

Wo bleibt die Versorgungssicherheit, wenn z.B. bis 2025 40% der in Deutschland p.a. verbrauchten Strommenge mit Wind + Sonne erzeugt werden soll? Das könnte nur innerhalb des vorstehend beschriebenen Zeitfensters geschehen. 40% Strom in 20% der Zeit, das sind im Durchschnitt ca. doppeltsoviel KWh, wie gleichzeitig verbraucht werden können. Was soll damit geschehen? Verschenken oder den bezahlen, der ihn abnimmt? Eine ökonomisch vertretbare Speichermöglichkeit gibt es nicht und es ist auch keine in Aussicht. Wenn irgendwann eine neue Speichermöglichkeit erfunden werden sollte, werden Investitions- und Handlungskosten sowie die zwangsläufigen Prozessverluste die Strompreise weiter nach oben treiben. Strom aus und statt Lebensmittel stößt ja wohl an Grenzen, oder wollen wir Strom anbauen und Lebensmittel importieren?

Aber ist es nicht einfach absurd in ca. 20% der Zeit soviel Strom mit Wind und Sonne erzeugen zu wollen, wie in 40% oder langfristig in 80% oder 100% der Zeit verbraucht wird, ohne Aussicht auf eine ökonomisch verantwortbare Speichermöglichkeit. Und wo kommt dann in den ca. 6500 sonnen- und windstromfreien Jahresstunden der Strom her?

Die Speichermethode „Power to Gas“ arbeitet inklusive Stromrückgewinnung mit mindestens 65% Verlust. Zusammen mit den Investitions- und Handlungskosten bedeutet das eine ca. Vervielfachung des dem Windkraft- und Photovoltaikinvestor garantierten Strompreises. Selbst wenn das durch Forschung noch um 10 – 20% verbessert werden sollte, würde die weitere Steigerung des schon jetzt die Investitionen einschränkenden Strompreises auch im privaten Bereich zu einem exorbitanten Kaufkraftentzug führen mit verheerenden Folgen für die gesamte Volkswirtschaft. Wenn man liest, die Union wolle sich von einem Zieldreieck Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit leiten lassen, klingt das, verglichen mit der Realität, wie Hohn.

Die Bundeshaushaltsordnung schreibt für alle Ausgaben eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor. Die Ministerien sollen prüfen, ob die angestrebten Ziele effektiv und möglichst kostengünstig erreicht werden. Auch wenn der Bundeshaushalt hier nicht betroffen ist, sollte eine Wirtschaftlichkeitsprüfung stattfinden.

Es gibt keine ineffektivere marktzerstörerische und teurere Möglichkeit zur CO₂-Einsparung. Prof. Lomborg, Leiter des dänischen Instituts für Umweltbeurteilung, sagt in der FAZ „Extrem viel Geld für wenig Klimaeffekt. Für jeden Euro, den Deutschland mit seiner gegenwertigen Klimapolitik ausgibt, vermeidet es etwa 3 Cent Schäden durch den Klimawandel.“

Z.B. lag der CO₂-Prokopfverbrauch in Deutschland 2011 bei 8,834 Tonnen, in Frankreich bei 5.02 Tonnen, also in Deutschland um ca. 75% über der CO₂-Emission in Frankreich und das bei dort im privaten Bereich pro Kopf deutlich höherem kWh-Verbrauch.

Soll diese ineffektive Klimapolitik und Kapitalvernichtung wirklich weiter verfolgt werden?

Ich appelliere an die praktische Vernunft aller Bürger. Helfen sie, damit nicht eine Fata Morgana Grundlage neuer Gesetze wird.

Das neue IPCC-Gutachten zeigt nachdrücklich, das ursprüngliche Ziel der Energiewende, die CO₂-Reduzierung, muss wieder in den Mittelpunkt der Energiepolitik. Die Placebothherapie muss beendet werden.

Der BND sieht einen Wechsel bei den Zukunftsproblemen. Weder bei Öl noch bei Gas sieht er durch neue Erschließungsmöglichkeiten langfristig ein Versorgungsproblem. Die anerkannten weltweiten Reserven stiegen. Auch Kohle würde eher billiger. Alles zusammen steigere die CO₂-Emissionen. „Der Verteilungskampf wird darum gehen, wer künftig wie viel CO₂ emittieren darf.“ (FAZ 2.11.13)

Selbst wenn der weitere Ausbau der Regenerativen sofort gestoppt wird, wird es ca 20 Jahre dauern bis deutsche Strompreise wieder wettbewerbsfähig sind. Die gigantische jährliche Kapitalvernichtung im zweistelligen Milliardenbereich entzieht der Bevölkerung Kaufkraft und der Wirtschaft Investitionskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Stephan Kohler* sagt: Wenn wir jetzt nicht umsteuern in Richtung Effizienz, dann werden wir die Energiewende gegen die Wand fahren.

Auch nichtexportierende Unternehmen verlieren in einem globalisierten Markt durch die deutschen Strompreise gegenüber Importiertem Ihre Wettbewerbsfähigkeit. Nicht weniger, sondern immer mehr Unternehmen werden bei steigenden Strompreisen, um deren Existenz und der daran hängenden Arbeitsplätze willen, von der EEG-Umlage befreit werden müssen. Wie umfangreich wird der strompreisgetriebene Exodus deutscher Unternehmen sein? Angefangen hat er! Wie viel Arbeitsplätze werden verlorengehen? Wie wirkt sich das auf den Bundes- und die Länderhaushalte aus? Kann unter diesen Umständen die Schuldenbremse Bestand haben? Welche Folgen hat es für die einzelnen Parteien, wenn die

Bevölkerung merkt, die ersten Zweifel sind schon zu spüren, dass sie mit den Regenerativen hinters Licht geführt wurde? Wie werden sich die politischen Gewichte verschieben, wenn die Bürger nicht mehr mitmachen? Ein trotziges Weiterso verstärkt die Probleme.

Kein Abgeordneter, kein Minister, kein Ministerpräsident keine Kanzlerin kann ein Soweiter verantworten. Ökonomische Gesetzmäßigkeiten können mit dem Primat der Politik zwar ignoriert aber nicht überwunden werden.

Unbezweifelbar ist, dass eine weitere Förderung der erneuerbaren Energien weder ökonomisch verantwortbar ist, noch einen ökologischen Nutzen bringt. Durch die Parallelanreize von EEG und CO₂-Zertifikaten kann bei uns eingespartes CO₂ an anderer Stelle auf der Welt zusätzlich erzeugt werden. "Wenn die Maßnahmen gegen Klimawandel nicht effizient sind, werden sie nicht nachhaltig sein, weil um ihren Aufstieg kämpfende Länder sich ihnen nicht anschließen werden." (Prof. Lomborg, FAZ)

Entscheidend ist nicht, ob in Deutschland genutzter CO₂-freier Strom auch in Deutschland hergestellt wird oder importiert wird. Die Fakten zeigen, dass mit regenerativer Herstellungsweise weder in Deutschland noch in unseren Nachbarländern Strom CO₂-frei erzeugt werden kann.

Einerseits ist zu akzeptieren, dass in Deutschland eine Stromerzeugung mit Atomkraft gegen den Willen der Bevölkerung nicht möglich ist, andererseits sollten wir dankbar sein, dass in unseren Nachbarländern die Atomkraft akzeptiert wird und weiter ausgebaut wird, wie u.a. in England. Um des Ziels der CO₂-Reduzierung willen und aus ökonomischer Vernunft müssen wir zukünftig CO₂-freien Strom preiswerter importieren, als wir ihn selbst auf Grund der politischen Vorbehalte herstellen können.

Gegenüber der deutschen Bevölkerung muss mit Überzeugungskraft vertreten werden, dass es nicht möglich ist, Strom aus Wind und Sonne zu wollen, wenn niemand die Kosten tragen will oder kann, und dass weiterhin ca. 70% des Strombedarfs sowieso nicht mit Windkraft und/oder Solarenergie gedeckt werden können und weiterhin die deutsche Wirtschaft parallel zu steigenden Strompreisen ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert, was die Richtung der Arbeitslosenstatistik umdrehen würde. Steigende Strompreise sind eine starke Wachstumsbremse.

Am 20.10.13 hielt der Unionsabgeordnete Arnold Vaatz eine Rede in Dresden, die jeder Bürger kennen sollte. Siehe Seite 15.

Der durch die steigenden Strompreise erzwungene Exodus von Unternehmensteilen bis zu ganzen Branchen wird schleichend zu steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Kaufkraft, steigenden Sozialkosten bei sinkenden Steuereinnahmen führen.

Wie muss die Politik entscheiden, um die notwendige nachhaltige ökologische CO₂-Reduzierung mit dem ökonomisch Verantwortbaren in Einklang zu bringen.

Im Koalitionsvertrag steht:

Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist. Sie schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger von Importen, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland.

Eine Präambel wie aus dem Tollhaus!

Sie schützt kein Klima!

Wie soll Wertschöpfung entstehen, wenn teurer produziert wird, als gekauft werden könnte?

Die Arbeitsplätze sind subventionsabhängig, die Arbeitskräfte erwirtschaften ihren Lohn nicht!

Das Allertollste: Warum soll oder will der Exportweltmeister importunabhängiger werden?

Wie wollen wir anders als durch Importe die Risiken der Targetsalden reduzieren. Wir importieren Öl, Gas und Kohle. Warum keinen Strom? Die jetzt von der Monopolkommission erneut ins Spiel gebrachte Quotenregelung kann eine Lösung sein, aber nur wenn Gegenstand der Quote das eigentliche Ziel, den CO₂-freien Strom verfolgt und ein ansonsten freier Markt auf alle nationalen und internationalen CO₂-freien Stromproduktionen zugreifen darf. Die Absicht von Herrn Öttinger die Subventionierung von Stand-by-Kraftwerken nicht zuzulassen und stattdessen endlich einen europäischen Strommarkt zu schaffen, wo Deutschland seinen fehlenden Strom kaufen kann, schlägt in die gleiche Kerbe.

Auf die Frage von FOCUS: „Und wenn sich dann herausstellt, dass französischer Atom- oder polnischer Kohlestrom der günstigste ist?“ Antwortet Kohler: „Dann ist das eben so. Wir haben einen europäischen Strombinnenmarkt. Wenn wir dies nicht wollen, dann müssten wir austreten. Das ist aber faktisch nicht möglich.“ Deutsche Stromimporte würde gleichzeitig gemäß den verständlichen Wünschen unserer Nachbarn deren Handelsbilanz verbessern.

Der sinnlose Ausbau der Erneuerbaren muss ein Ende haben. Der weitere Ausbau ist auch ethisch nicht zu verantworten, weil so die Ausbeutung der Ärmeren durch kapitalkräftigere Bevölkerungsschichten gefördert wird. Wie weit die Geldgier gehen kann, zeigt ein mir dauerhaft in Erinnerung bleibender TV-Lobgesang auf Photovoltaik, in dem ein Pfarrer aus NRW sich rühmte, sich gegen den Denkmalschutz durchgesetzt zu haben, um auf seinem Kirchendach eine Photovoltaikanlage installieren zu können. Er sprach von einer Gelddruckmaschine, ohne zu bedenken, dass damit nicht nur all seine Gemeindemitglieder ausgebeutet werden, sondern die gesamte Volkswirtschaft.

Durch eine ökonomisch verantwortbare Quotenregelung würden Union und SPD gemeinsam den Verlust an Kaufkraft stoppen und gleichzeitig den begonnenen jetzt noch schleichenden Exodus von Unternehmensteilen stoppen oder gar umkehren, indem sie ihre Energiepolitik wieder an den Interessen der Menschen, der Volkswirtschaft und insbesondere den Geringverdienenden, Rentnerinnen und Rentnern, ausrichten.

Politischer Gestaltungswille kann die Grenzen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten nicht überwinden und es ist Hybris mit politischen Beschlüssen die Physik überwinden zu wollen.

*Alle Antworten von Stephan Kohler aus dem Focus-Interview (FM Nr.40)

p.s.

Angeblich will die SPD in Deutschland die Forschung im AKW-Bereich verbieten. Damit würde die neuzubildende Regierung den deutschen Einfluss auf die Sicherheit der weltweit neu hinzukommenden AKW zerstören und Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit bestehender AKW blieben evtl. unentdeckt, weil die deutsche Kompetenz zerstört würde. Das Gegenteil ist richtig. Wenn Deutschland sein diesbezügliches Know-how erweitert und exportiert und deutsche Unternehmen sich am Bau von AKW aktiv oder beratend beteiligen, erhöht das auch die Sicherheit der deutschen Bevölkerung.

Nachstehend ein Auszug aus einem Beitrag von Prof. Lomborg vom Sept. 2013 FAZ

Die gesamten Ausführungen aus der FAZ sind zu lesen unter: „Strom-Lomborg“ auf der Startseite „Strom 2013“

Ökonomisch gesehen ist eine moderate Erwärmung ein Vorteil, weil die Getreideernten auf der ganzen Welt insgesamt steigen (CO₂ in der Luft hat einen Düngeeffekt) - unter dem Strich zumindest - weil sie in den gemäßigten Klimazonen stärker wachsen als sie in den tropischen Ländern sinken. Zudem gibt es eine große Ersparnis an Heizkosten, die größer ist als die Zusatzausgaben für Kühlung. Laut Schätzungen von Wissenschaftlern in dem demnächst erscheinenden Buch „How Much Have Global Problems Cost the World: A Scorecard from 1900 to 2050“ (Cambridge University Press) hat die globale Erwärmung seit dem Jahr 1900 einen Nettonutzen für die Menschheit gebracht. Ihre Wohlstandsgewinne

- etwa 1,5 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts - werden etwa im Jahr 2025 einen Hochpunkt erreichen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts wird die Erderwärmung einen Nettoverlust bedeuten. Das bedeutet: Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, denn der Klimawandel wird ein zunehmendes Problem, aber die politischen Maßnahmen, die wir ergreifen, müssen kosteneffizient sein. Die Schlussfolgerung vieler Klimaaktivisten, dass wir jetzt sofort eine strenge Politik zur CO₂-Minderung auflegen müssen, sieht vor dem Hintergrund der bisherigen Politiken und dem bisher Erreichten fragwürdig aus.

Kommentar:

Seine Schlussfolgerung, dass wir Zeit haben, ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung.

1. Es ist zu hoffen, dass rechtzeitig für alle Bürger erkennbar wird, welcher der zwei unterschiedlichen wissenschaftlichen Standpunkte hinsichtlich CO₂-Schädlichkeit oder Unschädlichkeit der Richtige ist.
2. Sollte die Schädlichkeit, der über den notwendigen CO₂-Bedarf hinausgehende CO₂-Emission bestätigt werden, sollten bis dahin weitere, auch ganz neue Wege ge- und erfunden worden sein, Strom sowohl zeitlich steuerbar als auch zu ökonomisch vertretbaren Kosten CO₂-frei zu erzeugen.

Dr. Ing. Günter Keil hat eine Chronologie des energiepolitischen Versagens verfasst. **Unbedingt lesen!**

* Die Verstaatlichung der Energiewirtschaft (Dr.-Ing. Günter Keil) <http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/die-verstaatlichung-der-energiewirtschaft/>

Folgendes Diagramm und Text sind Auszug aus einer Arbeit von

Dr. Ing. Detlev Ahlborn. Die gesamte Arbeit ist abrufbar unter:

<http://www.vernunftkraft.de/statistik/>

Die gesamte Arbeit ist die physikalische und mathematische Beweisführung meiner Bewertung der derzeitigen Energiepolitik.

In folgender Abbildung kann man ablesen, dass die Leistung eines 3000 kW Windrads an 132 Tagen im Jahr (also mehr als 4 Monate) zwischen 0 und 145kW (das sind rund 5% der Nennleistung) liegt. Die volle Leistung (hier 3000 kW) erreicht ein Windrad nur selten. Dass Windräder häufig still stehen, ist also kein subjektiver Eindruck, sondern eine mathematisch beweisbare und damit erwiesene Tatsache.

In einer Propagandaschrift der Windlobby unter dem Titel 'A bis Z- Fakten zur Windenergie' wird dieser Zusammenhang wie folgt umschrieben „*Allerdings drehen sich die Rotoren nicht immer mit maximaler Leistung*“.

Aus diesem Grund ist die weit verbreitete Behauptung der Windlobby unzutreffend, dass Windräder Haushalte mit Strom versorgen können – die Versorgungsaufgabe scheitert schon daran, dass Windräder keinen Strom liefern wenn, und das ist sehr häufig, der Wind nur mäßig weht und Leistung daher klein ist. Letztlich ist dies Folge aus der Weibull-Verteilung der Windgeschwindigkeit und dem (kubischen) Zusammenhang zwischen eingespeister Leistung und Windgeschwindigkeit.

Häufigkeitsdiagramm eines 3000 kW Windrads

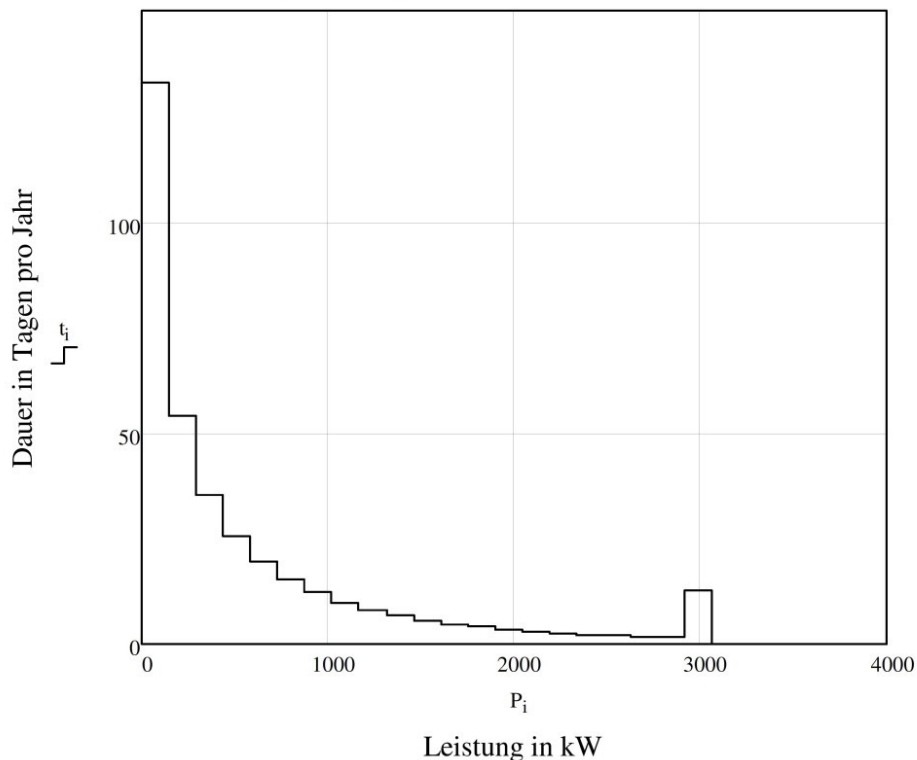


Abbildung 2: Häufigkeitsdiagramm eines 3000 kW- Windrads

Folgender Auszug

Gesamttext unter: „Merkel-Prof.Alt1307“ auf Startseite „Strom 2013“

Die erschreckend niedrige Fachkompetenz unserer Verantwortungsträger im politischen Bereich und bei manchen Protagonisten in einschlägigen Meetings könnte vermuten lassen, dass die energietechnischen und -wirtschaftlichen Lehrstühle an deutschen Hochschulen nicht gebraucht werden, da man ohne das dort zu erlernende Fachwissen noch besser Gehör findet. Das Ergebnis kann man an unserer immer tiefer in den Morast der Unvernunft versinkenden Energieversorgung ablesen.

Leider wird auch verschwiegen, dass der gewaltige Zubau zusätzlicher Leitungen nur für die Zeit der Leistungseinspeisungen aus den Wind- und Sonnenanlagen erforderlich ist, also rd. 50 % der Zeit nicht erforderlich sind und daher sehr unwirtschaftlich betrieben werden müssen, wohl aber die Stromkosten für alle Stromverbraucher - im Gegensatz zu der Strategie aller anderen Länder ohne Atomausstiegsbeschluss - erheblich in die Höhe treiben.

Auf der Seite „Briefe Energie-Euro“ befasste ich mich im November 2012 ab Seite 4 mit dem **IÖW, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung**.

Damals schrieb ich: **Die Gutachter müssen Scheuklappen getragen haben.**

Jetzt habe ich mir erneut angesehen, was das Produkt des Forschens ist. Was ich dort gelesen habe, gibt die Möglichkeit zu einer Gegenüberstellung von einerseits einer realitätsfern erzeugten Fata Morgana durch das IÖW und andererseits der von Garret Duin, Wirtschaftsminister in NRW, geschilderten Realität.

Die Scheuklappen beim IÖW sind extrem gewachsen.

Erneuerbare Energien sind Wirtschaftsmotor für Kommunen

Die zunehmende Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse führte im Jahr 2012 zu einem Rekordwert in der bundesweiten Wertschöpfung von 17 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt das IÖW in einer aktuellen Studie für Greenpeace. Mit 66 Prozent konnten die Städte und Gemeinden besonders daran profitieren. "Die Erneuerbaren Energien treiben die Wirtschaft in strukturschwachen ländlichen Regionen an", sagt Andree Böhling, Energie-Experte von Greenpeace. "Diesen Motor darf die Bundesregierung mit ihrer Reform des Erneuerbaren Energien-Gesetzes nicht fahrlässig abwürgen."

Erstmalig erhob das IÖW auch die indirekte Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien und kam zu einem Gesamtwert von 25 Milliarden Euro. Hier flossen die Vorleistungen der Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen mit ein. Sie generierten weitere 8,5 Milliarden Euro an bundesweiter Wertschöpfung. **Der Ausbau Erneuerbarer Energien führt somit zu höheren Steuereinnahmen, Unternehmensgewinnen und Einkommen für eine Vielzahl von Beschäftigten in Bund, Ländern und Kommunen.** Darüber hinaus sparte der Einsatz von Wind und Sonne die Kosten für importiertes Öl, Kohle und Gas im Umfang von 6 Milliarden Euro. Trotz einzelner Rückschläge wie zuletzt in der Solarbranche steigerte sich die Wirtschaftskraft von 2011 auf 2012 um rund zehn Prozent. Aufgrund der Krise in der Solar- und Biogasbranche sank jedoch die Zahl der direkt Beschäftigten verglichen mit dem Jahr 2011 um zehn Prozent auf 166.000.

Zwei Drittel der Wertschöpfung in Installation und Betrieb

Rund zwei Drittel der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze entstanden in den Bereichen Installation, Planung und Betrieb regenerativer Anlagen. Die Arbeitsplätze verteilen sich über das ganze Bundesgebiet. "Vorteil einer dezentraler Energieerzeugung ist es, dass Beschäftigung und Wertschöpfung in einer Vielzahl von Kommunen stattfinden - anders bei zentralen Großkraftwerken, von denen nur sehr wenige Energieversorger und Standorte profitieren", so Prof. Dr. Bernd Hirschl, Leiter der Studie. Der Anlagenbau, der auf wenige Kommunen konzentriert ist, stellt ein Drittel der direkt Beschäftigten. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze bezifferte das Bundesumweltministerium sogar mit 377.800, einschließlich der Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe, die Vorleistungen für die EE-Branchen bereitstellen.

Mit rund 16 Milliarden Euro und 68 Prozent an der gesamten Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien trugen Solarstrom und Windenergie den weitaus größten Teil bei. Bis zum Jahr 2030 könnte die Wirtschaftsleistung durch Erneuerbare Energien laut Studie bei gleich bleibendem Ausbautempo um weitere 50 Prozent zunehmen.

Wie vorstehend sieht Deutschland mit Scheuklappen betrachtete aus.

Kommentar nach Duin

So wie nachstehend von Minister Duin beschrieben, sieht die Realität aus.

Energiewende Kommunen im Ruhrgebiet fürchten finanziellen Kollaps Garrelt Duin, (SPD) Wirtschaftsminister in NRW schlägt Alarm.

20.10.2013 Â Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen schlagen Alarm: Die wirtschaftlichen Probleme vieler Stadtwerke und des Energiekonzerns RWE führten vor allem im Ruhrgebiet zu einer Einsparorgie.

Artikel

</aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/energiewende-kommunen-im-ruhrgebiet-fuerchten-finanziellen-kollaps-12625812.html>

Bilder (1)

</aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/energiewende-kommunen-im-ruhrgebiet-fuerchten-finanziellen-kollaps-12625812-b1.html>

Lesermeinungen (91)

</aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/energiewende-kommunen-im-ruhrgebiet-fuerchten-finanziellen-kollaps-12625812-l1.html>

</aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/energiewende-kommunen-im-ruhrgebiet-fuerchten-finanziellen-kollaps-12625812-b1.html>

Â© dpa

Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister fordert Milliarden-Subventionen für die Betreiber fossiler Kraftwerke. Die Energiewende droht nach Einschätzung von Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Garrelt Duin für viele Kommunen zur finanziellen Katastrophe zu werden. Besonders im Ruhrgebiet seien dramatische Folgen zu befürchten, sagte der SPD-Minister der Wirtschaftswoche.

<<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/nrw-wirtschaftsminister-zur-energiewende-duin-fuerchtet-katastrophe-fuer-ruhr-staedte-/8952186.html>>.

Hintergrund sind die wirtschaftlichen Probleme vieler Stadtwerke und des Energiekonzerns RWE, an dem zahlreiche NRW-Kommunen beteiligt sind.

<<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/rwe-und-eon-die-energiezwerge-12536196.html>>

Wenn dort die Verluste von den Kraftwerken reinregnen und die Städte Wertberichtigungen vornehmen müssen, dann wird das eine Katastrophe. Da schließt dann auch noch das letzte Hallenbad, weil die Kraftwerke so hohe Verluste produzieren.

Duin zufolge werden die Städte eine Sparorgie hinlegen müssen, die ihresgleichen sucht. Bei Gesprächen mit Kämmerern schlage ihm die nackte Not entgegen. Betroffen sei vor allem das Ruhrgebiet. Der Minister forderte Milliarden-Subventionen für die Betreiber fossiler Kraftwerke. Sie sollten dafür belohnt werden, dass sie Kraftwerke als Energiereserve vorhalten. Dabei landen wir am Ende maximal bei sechs Milliarden Euro im Jahr. Das ist viel Geld. Allerdings: Man muss das aber im Verhältnis zu den 20 Milliarden Euro sehen, die momentan in erneuerbare Energien fließen. Zu fossilen Kraftwerken zählen etwa Kohlekraftwerke.

Die Förderung sei notwendig, um die Investition in fossile Kraftwerke wieder attraktiv zu machen, sagte Duin. Die Prognosen zur Versorgungssicherheit bis 2022 besagen, dass wir alle derzeit vorhandenen fossilen Kapazitäten brauchen. Da zudem alte Kraftwerke eingemottet werden sind Neue nötig. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien solle man das Tempo drosseln, sagte Duin mit Blick auf die anstehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Eine echte EEG-Reform muss das Ausbautempo bei regenerativen Energien senken. Von den EEG-Ausnahmeregelungen sollten zudem noch mehr Betriebe profitieren. Es sei falsch, dass derzeit eine starre Grenze - die Energiekosten eines Unternehmens müssten bei mindestens 14 Prozent des Umsatzes liegen - Maßstab sei für eine Entlastung.

Dagegen sagte der baden-württembergische Europaminister und SPD-Vize-Landeschef Peter Friedrich am Rande eines Landesparteitages in Reutlingen, der Ausbau bei den Erneuerbaren müsse weiter rasch vorangetrieben werden. Wir wollen den wegfallenden Atomstrom nicht durch Kohlestrom ersetzen wie im Moment, sondern durch Strom aus erneuerbaren Energien.

Kommentar

Zu Duin. Seine Not ist nachvollziehbar. Weil mit Subventionen sinnloserweise die Funktion des Strommarktes total zerstört wurde, verlangt Duin weitere Subventionen, um den entstandenen und weiterhin entstehenden Schaden zu mildern. Seine Diagnose ist nachvollziehbar, der Therapievorschlag ist katastrophal.

Zum IÖW. Was fassungslos macht, ist die totale Ausblendung des volkswirtschaftlichen Umfelds und die Folgen. Es ist, wie wenn die Zeiten als der Photovoltaikinvestor noch 40 Cent pro kWh bekam, als die Goldenen gelobt würden. Es verschwindet massenweise Geld, ohne dass Mehrwert entsteht. Mehr Menschen als nötig produzieren mit mehr Aufwand als nötig, was ohne das Mehr auch möglich wäre. Es gibt Gemeinden, denen gelingt, was Duins Klientel nicht gelingt. Aber wo kommen deren Einnahmen her? Es muss immer und immer wieder wiederholt werden, Subventionen, unnötige Verteuerungen schmälern den Wohlstand aller und mindern die Wettbewerbsfähigkeit.

Die zunehmende Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse führte im Jahr 2012 zu einem Rekordwert in der bundesweiten Wertschöpfung von 17 Milliarden Euro.

Hier wird Wertschöpfung verwechselt mit dem Ausbeutungserlös einer Minderheit zu Lasten der Mehrheit, ohne dass Mehrwert entstand.

"Die Erneuerbaren Energien treiben die Wirtschaft in strukturschwachen ländlichen Regionen an." Jeder Arbeitsplatz in der Wirtschaft, der nur subventionsabhängig existieren kann, ist eine volkswirtschaftliche Belastung und damit schädlich. Das muss ein eherner Grundsatz sein für die politische Entscheidungsfindung. (Ausdrücklich auszunehmen sind nichtgewinnorientierte Bereiche, z.B. der medizinischen Versorgung und im Sozialbereich). Der Ausbau Erneuerbarer Energien führt somit zu höheren Steuereinnahmen, Unternehmensgewinnen und Einkommen für eine Vielzahl von Beschäftigten in Bund, Ländern und Kommunen. In der Physik wird das Perpetuum mobile ausgeschlossen. Jetzt probiert es das IÖW, in die Ökonomie einzuführen. Im Gegensatz zu früher erzeugt man das Gleiche mit mehr Aufwand und mehr Menschen und schon steigen der Unternehmensgewinn und die Steuereinnahmen. Alle sind glücklich! Nur, wer kauft die verteuerten Produkte und Leistungen? Ich erinnere mich nicht, beim IÖW einmal das Wort „Wettbewerbsfähigkeit“ gelesen zu haben.

Den Lesern dieser Seite möchte ich die Lektüre von „Strom-schweizer-Sicht1309“ ans Herz legen.

Es ist eine umfangreiche tiefe Auseinandersetzung mit den sogenannten regenerativen Energien aus Schweizer Sicht hinsichtlich ihrer Auswirkungen für die Schweiz und Deutschland. Nachstehend 2 Absätze aus dem gesamten Text.
Der gesamte Text ist zu finden auf der **Startseite** unter: „Strom-schweizer-Sicht“

Es geht in der Debatte um grüne Energie schon lange nicht mehr um Erkenntnis, sondern lediglich um den gesellschaftlichen Umbau und die Zerstörung unserer wirtschaftlichen Prosperität mittels der Verteuerung und Verknappung von Energie.

***Das Billionen-Dollar-Geschäft mit CO₂ ***

Der entscheidende Grund, warum über das Thema CO₂ und Klimaerwärmung

überhaupt so erbittert diskutiert wird, ist recht einfach zu verstehen: Es geht primär nicht um Wissenschaft, sondern um Geld, und zwar extrem viel Geld. Die von den Medien geschickt und systematisch über Jahre hinweg geschürte Angst vor einer angeblichen Klimakatastrophe hat die Politik dazu gebracht, Maßnahmen zum „Klimaschutz“ in Form der Förderung sogenannter erneuerbarer Energien zu beschließen, deren Volumen weltweit inzwischen dreistellige Milliardenbeträge erreicht. Und zwar Jahr für Jahr. Zudem wurden Hunderte Institute und Forschungseinrichtungen gegründet, die sich ausschließlich oder zumindest überwiegend mit den entsprechenden Themen beschäftigen. Jedes Rütteln an der AGW-Hypothese vom „Klimakiller“ CO₂, das angeblich unseren Planeten krank macht, würde die Profite der entsprechenden Investoren sowie die Existenz der eigens hierfür geschaffenen Forschungsjobs gefährden. Es ist diese Allianz aus Solarkönigen und Windkaisern einerseits und zahlreichen Forschungseinrichtungen, deren Finanzierung davon abhängt, dass die Angst vor dem CO₂ weiter geschürt wird, die zu der bereits beschriebenen Radikalisierung führt. Hinzu kommen – insbesondere aus den USA – teils milliardenschwere Stiftungen sowie Superreiche mit Sendungsbewusstsein. Die aus diesen Töpfen gemästete Lobby der Klimaprofiteure schreckt weder vor persönlicher Verunglimpfung noch vor der Verfälschung wissenschaftlicher Erkenntnisse zurück [DESM, SOHA]. Im Vergleich zur Schlagkraft dieser bestens organisierten, üppig finanzierten und eng mit dem Staat verwobenen Machtgeflechte wirkt das, was die angeblichen Interessenvertretungen der Stromerzeuger oder der Erdölbranche auf die Beine stellen, geradezu kläglich amateurhaft. Was auch nicht wunder zu nehmen braucht, denn die meisten „Skeptiker“ sind tatsächlich Privatleute, darunter viele gestandene Wissenschaftler und sonstige Fachleute, die viel von Technik, aber leider viel zu wenig von Meinungsmache und Propaganda verstehen.

fredfmue72/Bild 3//: Die „Erneuerbaren Energien“ sind inzwischen ein Billionen-Dollar-Geschäft (Symbolbild)/

Leider kann ich hier keine Quelle angeben. Sie ist bei der Übertragung verloren gegangen. Sollte sie ein Leser kennen, bitte ich um Übermittlung.

Nachfolgend zwei sehr interessante Berechnungen und Kommentare von Herrn Dipl.-Ing. Peter Dietze aus Langensendelbach

Herr Dietze befasst sich seit über 25 Jahren intensiv mit Klimamodellierung (Kohlenstoff und Strahlung) sowie Energiepolitik und ist als UNEP-Kritiker sogar offizieller Reviewer des 3. IPCC-Berichts WG I, Scientific Base.

Auch bei www.eike-klima-energie.eu finden Sie viele Kommentare von Herrn Dietze.

P. Dietze, 6.2.2012 (nach Dr. Dittrich)

**Deutscher Klimarettungsbeitrag
bei Totalverzicht auf
sämtliche CO₂-Emissionen bis 2050**

(einfach linear statt logarithmisch und max. für Gleichgewichtszustand gerechnet)

Derzeitiger CO₂-Gehalt knapp 0,04% = 400 ppm

Jährlicher Zuwachs	derzeit relativ hoch, ca.	2 ppm
Zuwachs bis 2050	max. $40 \cdot 2$	= 80 ppm
Deutscher Anteil (knapp 3% der globalen anthropogenen Gesamtemission)	$80 \cdot 0,029$	= 2,3 ppm

	laut IPCC- Prognose	bei seriöser Rechnung
Temperaturanstieg bei einer CO ₂ -Verdoppelung	3,0 °C	0,6 °C
Temperaturanstieg bei einem CO ₂ -Zuwachs um 2,3 ppm (deutscher Anteil bis 2050)	$3 \cdot 2,3 / 400$ = 0,017 °C	= 0,0034 °C^{*)}

welch segensreicher Erfolg!

„Klimaschutz“ = absurdes Theater. Rechtfertigen 3/1000 °C die Ausgabe von Hunderten Milliarden Euro, Deindustrialisierung, Ökodiktatur, Energieverteuerung, unzuverlässige Stromversorgung und deutliche Minderung unseres Lebensstandards?

^{*)} Die logarithmische Rechnung ergibt 0,005 °C. Wird statt Gleichgewicht Transienz berücksichtigt, so ist der linear berechnete Wert in etwa korrekt. Wird eine linear von heute bis 2050 auf Null reduzierte Emission berücksichtigt, so ergibt sich der halbe Wert.

Gaskraftwerk Franken I (und Irsching) statt WKA in Bayern

2.7.2013 p_dietze@arcor.de

Das Gas-Kraftwerk Franken I in Gebersdorf bei Nürnberg (350+400 MW), das heute zu E.on gehört, kann auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken — und steht vor spannungsreichen Zeiten. Es ist "systemrelevant" aber lediglich unter 500 h/a am Netz <http://www.nordbayern.de/region/nuernberg/franken-i-seit-1913-im-dienst-der-stromversorgung-1.2984436>

Wollte man 750 MW im Jahresmittel durch WKA (z.B. je 2 MW mit etwa 16% Auslastung in Bayern) ersetzen, wären 2340 WKA *) nötig und Invest-Kosten von 5-6 Mrd Euro. Würde man - anstatt das Frankenland mit großem Aufwand zu "verspargeln" - einfach das vorhandene Kraftwerk Franken I voll ans Netz nehmen, könnte man sich viele Kosten und

Probleme ersparen - dazu noch die Stromspeicherung, den Netzausbau, die Ausweisung von Vorranggebieten, den Immobilien-Wertverlust sowie die Bürgerproteste.

Zudem hätte man eine sichere Stromversorgung rund um die Uhr, unabhängig von den Launen des Wetters - und dazu wäre der Strom noch um etwa 35% billiger! Das Argument 'Klimaschutz' wäre weitestgehend irrelevant: Franken I dürfte bei Volllast jährlich etwa 3,2 Mio tCO₂ ausstoßen. Das würde längerfristig (über etliche Jahrzehnte, überschlägig gerechnet) 0,011 ppm und letztlich nur eine (weder mess- noch wahrnehmbare) Temperaturerhöhung von etwa 0,000025 °C ausmachen. Zudem müsste man berücksichtigen, dass auch bei der Herstellung der WKA (Stahlbeton-Fundament, Turm) eine Menge CO₂ freigesetzt wird.

Vgl. auch SPIEGEL #12/2013, Björn Lomborg: Erdgas gegen den Klimawandel. Warum die deutsche Energiewende teuer und wirkungslos ist. Alle unsere Solaranlagen (und dasselbe dürfte in etwa auch für die WKA gelten) werden nur einen Temperaturrückgang um 0,0001 °C bis 2100 bringen <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-91568151.html>

*) Das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung sieht für ganz Bayern noch etwa 1500 WKA vor: S.13

<http://www.bayern.de/Anlage10344945/BayerischesEnergiekonzeptEnergieinnovativ.pdf>
D.h. bei Nutzung von Franken I wären in Bayern **keine** WKA erforderlich - ganz abgesehen von Irsching mit 312+415+560+845 MW http://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk_Irsching sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/SGT5-8000H> - wo 330 gCO₂/kWh erreicht werden. Die WKA sind in Bayern wegen der i.a. zu geringen Windgeschwindigkeiten ohnehin meist nicht wirtschaftlich - der Stromertrag hängt nämlich von der 3. Potenz der Windgeschwindigkeit ab, wird also i.a. deutlich zu gering - z.B. bei 80% sinkt er auf die Hälfte.

Hinweis: 2012 in D installiert: 31,2 GW WKA. Aktuelle Planungen der Länder: 80 GW (!). Ziel der Bundesregierung 2020: 45 GW, 2050: 85 GW (Spiegel 1.7.13)

Gibt es Lösungen? Letzter Teil einer Rede des Bundestagsmitglieds Arnold Vaatz

Die gibt es sicher. Aber für energiepolitisch vernünftige Entscheidungen gibt es leider in Deutschland bis auf Weiteres keine demokratischen Mehrheiten. **Ein übermächtiger medial ausgeübter Konformitätsdruck hat die Energiedebatte in von einer wissenschaftlichen Debatte in eine moralisierende Debatte über gut und böse verwandelt.** Dieser Zustand ist durch eine von öffentlicher Zustimmung abhängige demokratisch gewählte politische Führung kaum überwindbar, weil schon der Versuch, dies zu tun, im gegenwärtigen Meinungsklima mit hoher Wahrscheinlichkeit für jede politische Kraft, die dies wagt, den Entzug dieses Führungsauftrages nach sich zieht. Wirtschaft und Wissenschaft scheuen den Aufwand des Streites und arrangieren sich mit dem Status quo. Trotz möglicher parteiübergreifender Einsicht wird auch die eigentlich notwendige Außerkraftsetzung des EEG nicht gelingen. Stattdessen wird man mehr oder weniger umständliche Schadensbegrenzungen versuchen. Weitergehende Eingriffe werden an der Kraft zur Besitzstandsverteidigung der EEG-Privilegierten scheitern. **Über wirkliche Auswege aus dem Dilemma der Energiepolitik wird man erst reden können, wenn die gegenwärtig gepflegten Illusionen begraben und die damit verbundene Umverteilung zu einem politischen Ärgernis geworden sind.**

Die gesamte Rede ist abrufbar unter:

* Bemerkungen zur Energiepolitik in Deutschland (Arnold Vaatz, CDU-MdB) <http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/cdu-mdb-arnold-vaatz-bemerkungen-zur-energiepolitik-in-deutschland/>

Der folgende Text ist ein Auszug aus einer gemeinsamen Petition der 5 genannten Verbände an die noch zu bildende Bundesregierung. Es wird um die Unterschrift von Bürgern geworben.

Erwartungen an die neue Bundesregierung: Nationale und internationale Weichenstellungen für Zukunftsfähigkeit und Klimaverträglichkeit (für die 18. Legislaturperiode 2013 – 2017) zusammengefasst von

WWF Deutschland
Greenpeace e.V.
Germanwatch e.V.
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.

In diesem Papier legen die fünf unterzeichnenden Umwelt- und Entwicklungsverbände ihre gemeinsamen Erwartungen an die neue Bundesregierung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der nationalen und internationalen Klima- und Energiepolitik.

Der Energie- und Klimapolitik kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Die Energiewende in Deutschland und deren Gelingen sind das weltweit beachtete Modell der energiepolitischen Umgestaltung einer Industrienation. Die fünf unterzeichnenden Organisationen, die an der Schnittstelle von Klima- und Entwicklungspolitik tätig sind, haben hierfür zentrale Weichenstellungen identifiziert, die sie als Prioritäten für die nächste Legislaturperiode und den Koalitionsvertrag erachten.

1. Die Energiewende als Schlüsselprojekt des Übergangs in die postfossile Industriegesellschaft erfolgreich fortentwickeln:

Blockaden lösen, Privilegien abbauen, Dekarbonisierung vorantreiben

Das Ziel der Energiewende ist ein verlässliches Energiesystem ohne die Risiken der Atomkraft und des Klimawandels. Die Dekarbonisierung der deutschen Industriegesellschaft kann nur erreicht werden, wenn frühzeitig entschlossene Maßnahmen eingeleitet werden, die den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen und zugleich das Auslaufen der fossilen und nuklearen Energieversorgung sicherstellen. Hierzu sind insbesondere folgende Maßnahmen nötig:

Klimaschutzgesetz

Die neue Bundesregierung verpflichtet sich, die Treibhausgasemissionen Deutschlands um mindestens 40 % bis 2020 und um mindestens 95 % bis 2050 gegenüber 1990 zu reduzieren. Diese Ziele werden für Deutschland mit entsprechenden Zwischenzielen (mind. - 60 % bis 2030, mind. -80 % bis 2040) in einem Klimaschutzgesetz rechtlich verbindlich festgelegt.

Erneuerbare Energien, Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit

Die neue Bundesregierung stellt sicher, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien dynamisch und mit dem Ziel einer regenerativen Vollversorgung zur Mitte des Jahrhunderts fortgeführt wird. Hierzu gilt es:

- Ein am Ausbau der erneuerbaren Energien und den notwendigen Flexibilitätsoptionen ausgerichtetes Marktdesign zu schaffen und dieses in den europäischen Prozess einzubringen. Dabei bleibt der Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien ein Eckpfeiler. Das Management der Nachfrage wird integraler Bestandteil der neuen Energiepolitik. **Es werden darüber hinaus schnellstmöglich die technischen Voraussetzungen geschaffen, um die Nachfrage optimal in die Angebotsseite integrieren zu können.**

- **Einen naturschutzgerechten Ausbau der notwendigen Netz- und Speicherinfrastrukturen voranzutreiben und hierbei ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung sicherzustellen.**

- **Ungerechtfertigte Privilegien im Strommarkt insbesondere für energieintensive Unternehmen sowie weitere umweltschädliche Subventionen deutlich abzubauen.**

- Die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende durch faire Lastenverteilung und mehr Transparenz sicherzustellen. Dafür ist eine bessere Verzahnung von Energie- und Sozialpolitik notwendig.

- Die Dekarbonisierung der Energieversorgung durch einen stufenweisen Ausstieg aus der Braun- und Steinkohleverstromung sicherzustellen und **schwer rückgängig zu machende Investitionen in fossile Kraftwerke zu verhindern.**

Energieeffizienz

Zu den zentralen Herausforderungen der Energiewende zählt es, den Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2050 mindestens zu halbieren. Um dies zu erreichen, unternimmt die Bundesregierung alles Notwendige, um deutlich größere und raschere Fortschritte bei der Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz zu erzielen. So ist es möglich, selbst bei steigenden Energiepreisen die Energiekosten für Verbraucher und Wirtschaft insgesamt zu senken.

Kommentar

Dekarbonisierung ohne Atomkraft ist nach heutigem Stand der Technik ausgeschlossen. Erneuerbare Energien, insbesondere WKA und Photovoltaik können als nichtsteuerbare Energien keine Steuerbaren ersetzen. Siehe Seite 2 – 6 und bei Dr. Ing. Ahlborn.

- **Einen naturschutzgerechten Ausbau der notwendigen Netz- und Speicherinfrastrukturen voranzutreiben.** Speicherinfrastrukturen können nicht geschaffen werden, weil es dafür keine verantwortbaren Techniken gibt und in absehbarer Zeit Solche auch nicht zu erwarten sind.

Es werden darüber hinaus schnellstmöglich die technischen Voraussetzungen geschaffen, um die Nachfrage optimal in die Angebotsseite integrieren zu können. Arbeitszeit, Produktionszeit ist, wenn die Sonne scheint und/oder der Wind weht. Das wäre der größte denkbare Störfall für die gesamte Volkswirtschaft.

- **Ungerechtfertigte Privilegien im Strommarkt insbesondere für energieintensive Unternehmen sowie weitere umweltschädliche Subventionen deutlich abzubauen.**

Nicht nur die privaten Haushalte leiden unter den im Vergleich mit andern Nationen überhöhten Strompreisen, sondern ohne die Privilegierung von Intensivverbrauchern wären diese Unternehmen schon abgewandert oder untergegangen. Mit relativ zu Wettbewerbsnationen weiter steigenden Strompreisen muss der Kreis der privilegierten Unternehmen erweitert werden. Wen bei elektrisch betriebenen Verkehrsmitteln die Privilegierung wegfällt, steigen dort die Preise. Der von Wind- und Sonnenstrom verursachte volkswirtschaftliche Schaden bleibt der Gleiche.

.....schwer rückgängig zu machende Investitionen in fossile Kraftwerke zu verhindern.

Da ohne deutsche Atomkraft in mindestens 70% der Zeit (siehe Seite 2-6) Strom nur aus fossiler Primärenergie erzeugt werden kann und nicht mit Wind und/oder Sonne, bleibt nur der Import, was den volkswirtschaftlichen Schaden der derzeitigen Energiepolitik mindern würde.

Insgesamt liest sich das wie der Wunschzettel von Kindern. Frei von Kenntnissen physikalischer und ökonomischer Zusammenhänge. Voraussetzung für die ganze Nation betreffende Petitionen sollte sein, sich erst kompetent zu machen, bevor man für Entscheidungen bzw. Änderungen wirbt, die großen Schaden für alle anrichten würden. Wenn man diese Petition gelesen hat, wundert man sich nicht, dass die politisch Verantwortlichen nicht mehr zuhören wollen.

Die ständig wiederkehrende Antwort von E.ON in Zeitungsanzeigen auf die Frage von Julia Weiß „gibt's nen Akku für grünen Strom“, hat mich zu folgender Mail an E.ON veranlasst:

Sehr geehrter Herr Dr. Teysen, Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 17.10. titelt die Welt: „E.ON nennt Energiewende einen Albtraum. Da sehe ich auch so. Deshalb kämpfe ich auch gegen diese unsägliche Politik auf meiner Homepage:

www.politikbetrachtung.de

Um so mehr ärgert es mich, wenn sie sich dann mit Anzeigen, wie z.B. in ihre Antwort an Frau Weiss bezüglich Strom zu Gas zu Strom, selbst ins Knie schießen. Anstatt die Bevölkerung aufzuklären über die Unmöglichkeit mit Strom aus Wind und Sonne nennenswert CO₂ einzusparen, bestärken sie die Menschen in ihrem Irrglauben, dies sei möglich.

Die Möglichkeit Strom > Gas > Strom ist seit Jahrzehnten bekannt aber aus ökonomischen Gründen nicht nutzbar, weil die Nutzung durch die Prozessverluste und Investitions- und Handlungskosten zu einer ca. Vervierfachung des an die WKA- und Photovoltaikinvestoren gezahlten Entgelts führen würde.

An diesem Beispiel wird sehr deutlich, wie man durch Verschweigen andere belügen kann. Schämen sie sich!

Die Antwort:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihre E-Mail.

Wir haben Ihr Anliegen an die zuständige Fachabteilung bei E.ON weitergeleitet.

Diese wird Ihr Anliegen schnellstmöglich bearbeiten. Die Antwort kann einige Tage dauern. Bitte haben Sie hierfür Verständnis. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Public-Relations-Team

E.ON SE

Unternehmenskommunikation

E.ON-Platz 1

40479 Düsseldorf

Am 2.10.13 veröffentlichte die FAZ einen meiner Leserbriefe, jedoch stark verkürzt.

Die Schlussfolgerungen wurden gedruckt, die Begründungen gestrichen. Nachfolgend der gesamte Text. Der veröffentlichte Text in **Rot**. Leider wurde die Begründung der Aussage eliminiert, das eigentlich Wichtige gestrichen.

Ökostrom gefährdet Klimaziel, 14.9.2013.

Die FAZ, als das dominante und resonanzstärkste Medium, hat, neben nur wenigen weiteren Medien, die Gefahren erkannt, die von der derzeitigen Energiepolitik ausgehen. Der Beitrag

von H. Steltzner hat sich in Windeseile in ganz Deutschland unter den am Thema interessierten Initiativen verbreitet.

Wenn einerseits in Deutschland ca. 80% der Bevölkerung immer noch glauben, mit Strom aus Wind und Sonne ließen sich Klimaverbesserungen erreichen und andererseits die volkswirtschaftlichen Schäden und die Gefährdung der Versorgung ausblenden, erkennt man, wie dick die Bretter sind, die noch zu bohren sind. Oft, teils auch von ihnen veröffentlicht, wies ich darauf hin, dass ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht vom Primat der Politik überwunden werden können. Dieser Grundsatz wird immer wieder vom Gesetzgeber missachtet. Die Folgen der Subventionen werden mit weiteren Subventionen bekämpft, und so geht es weiter wie zu Hydras Zeiten.

Sie schreiben: „Das ursprüngliche Ziel war doch nicht, ohne Sinn und Verstand den Ausbau von Solar- und Windstrom in Deutschland zu fördern.“

Das stimmt. Das zerstörerische Wirken des EEG ist Folge der Missachtung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten. Wo es Gewinne ohne Risiko gibt, vermehren sich rapid die Profiteure, die dann bedenkenlos die Volkswirtschaft unterminieren und die ärmeren Bevölkerungsteile ausbeuten. Neben den von ihnen genannten Profiteuren gibt es Menschen, die ihr Unternehmen von der Alimentierung durch die Bürger abhängig gemacht haben. Das EEG sichert deren Pfründe. Wie in einer Planwirtschaft üblich mutieren Unternehmen zu Schmarotzern. Schon zu Beginn des Wahns wahr durch den bekannten Stand der Technik im Voraus berechenbar, dass durch die Nichtsteuerbarkeit von Wind und Sonne eine CO₂-Einsparung nur gering oder garnicht möglich ist. Ebenfalls vorhersehbar war die Entwicklung der EEG-Umlage. Ein Beispiel: Die Realisierung aller im Bau befindlichen und geplanten Offshore-WKA führen, unter der Annahme, dass 10% des Verbrauchs von der EEG-Umlage befreit sind, zu einer Steigerung der EEG-Umlage von ca. 1,23 Cent, ohne die weiteren auf die Verbraucher abgewälzten Kosten aus dem Offshore Umfeld. Die prognostizierte Offshore KWh-Ernte beträgt ca. 7% des deutschen Stromverbrauchs. Aber die Offshore-Anlagen werden in ca. 5000 Stunden pro Jahr keinen Strom liefern. Auch sie brauchen im Hintergrund konservative Kraftwerke im Stand-by-Modus.

Bei der Stromproduktion aus Wind auf dem Festland kann naturbedingt die 20%-Zeitgrenze nur im Großraum Bremen erreicht werden. Hessen 2012 = 16%, maximal 18.5% und bei Photovoltaik war die durchschnittliche Ausnutzung p.a. seit 2004 bei ca. 8% der Zeit. Die Überschneidung der Produktionszeiten von Wind und Sonne beschränkt die gemeinsame Stromproduktion auf ca. 22%, maximal 25% der Zeit, gleich 2190 Volllaststunden. Der CO₂-Ausstoß geht in 75% der Zeit -gleich 75% der Stromproduktion- ungehindert weiter. Während der Wind- und Sonnenstromproduktion, in willkürlich fluktuierenden ca. 25% der Zeit, müssen im Hintergrund die fossilen Stromproduktionsanlagen im Stand-by-Modus, CO₂-ausstoßend, mitlaufen. „Stand-by-Kraftwerke,“ werden unterschiedlich weit heruntergefahren. Je nach Abkühlungsgrad dauert es 2- 24 Stunden, bis sie wieder Strom produzieren können. Diese häufigen fluktuationsbedingten Lastwechsel steigern durch die Wärmeverluste den Verbrauch fossiler Brennstoffe. Von der erstrebten CO₂-Reduzierung durch Wind- und Sonnenstrom bleibt fast nichts übrig, der Saldo kann in manchen Jahren so gar negativ sein. Dem Schutz des Klimas vor CO₂ bringt uns das EEG keinen Schritt näher.

Die jetzt von der Monopolkommission erneut ins Spiel gebrachte Quotenregelung wird, wenn die Quote auf regenerative Energien beschränkt wird, das Problem eher verstetigen und nicht lösen. Das ursprüngliche Ziel war doch die CO₂-Reduzierung und nicht der Ausbau von Solar- und Windstrom in Deutschland. Ziel der Quote muss wieder die CO₂-Reduzierung werden, wobei ein freier Markt auf alle nationalen und internationalen CO₂-freien Stromproduktionen zugreifen darf. Wir dürfen uns nicht länger von einer Minderheit, die im Schatten einer Ideologie ihre Gewinnmaximierung verteidigt, unsere Wettbewerbsfähigkeit zerstören lassen. Auch nichtexportierende Unternehmen verlieren in einem globalisierten Markt durch die deutschen Strompreise gegenüber Importeuren Ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Jährlicher Gesamtjahresverbrauch in Deutschland ca. 600 TWh

Offshore Windparks gemäß Wikipedia am 14.9.2013
http://de.wikipedia.org/wiki/liste_der_offshore-windparks

Offshore, voraussichtlicher Ertrag: 35,5 bis 44,5 TWh (3500-4000 Volllaststunden)

In Betrieb	508 MW	1.778.600 000 KWh p.a.	3500 Volllaststunden.
		2.032 000 000	4000 Volllaststunden
Im Bau	2 856 MW	9 996 200 000 KWh p.a.	3500 Volllaststunden
		11 424 000 000	4000 Volllaststunden
In Planung	7 740 MW	27 090 000 000 KWh p.a.	3500 Volllaststunden
		30 960 000 000	4000 Volllaststunden
<hr/>			
	11 104 MW	35 532 800 000 KWh p.a.	3500 Volllaststunden
		44 416 000 000	4000 Volllaststunden

1 MW = 1000 KW = 3 500 000 KWh p.a. 3500 Volllaststunden

1 MW = 1000 KW = 4 000 000 KWh p.a. 4000 Volllaststunden

Bei 4000 Volllaststunden und 19* Cent je KWh beläuft sich die Gesamtvergütung auf
8 439 040 000.- € p.a.

1 776 400 000.- € = Börsenwert bei angenommen 4 Cent

6 662 640 000.- € belasten unter diesen Voraussetzungen jährlich die EEG-Umlage

Annahme: 10% des Verbrauchs sind von der EEG Umlage befreit,
Bleiben ca. 540 TWh = 540 000 000 000 KWh
sie werden mit 6 662 640 000.- € belastet = 1.23 Cent je KWh

Bei 4000 Volllaststunden p.a. beträgt die Belastung der EEG-Umlage 1,23 Cent je KWh

Voraussichtlich werden die jährlichen Volllaststunden zwischen 3500 bis 4000 schwanken.

*Quelle: OWIA Offshore Wind-Industrie-Allianz

Windkraft auf den Taunushöhen nahe Wiesbaden

Nachdem die Stadtverordneten von Taunusstein zumindest vorläufig die Errichtung von WKA verhindert hatten, empörten sich die Wiesbadener Grünen und reagierten mit einem Pamphlet, auf das ich nachfolgend eingehe.

Das Original ist zu finden auf der Startseite „Strom 2013“ und dort unter: „Grün-strom-phamphlet1308“

Dazu folgender Kommentar:

Windkraft für Wiesbaden – Pro & Contra. Eine faktenorientierte Berichtigung.

Hut ab! Vor soviel Mut, ein solches vom Fanatismus getragenes Pamphlet zuschreiben, das so stark auf die Inkompetenz seiner Leser setzt. Aber Grünen ist Fanatismus und Inkompetenz nicht fremd.

Diese 25 Seiten nach und nach zu beantworten, wäre eine Zumutung für den Leser. Deshalb werde ich nur das herausgreifen, dem widersprochen werden muss, damit niemand die Grüne Fata Morgana mit der Realität verwechselt.

Die Grünen schreiben: *„Es ist höchste Zeit, dieser Stimmungsmache mit Sachinformation und einer klaren Positionsbestimmung entgegen zu wirken.“*

Dem Vorschlag werde ich folgen.

Auch die Stromversorgung kann nicht einem einzigen Ziel untergeordnet werden. Sie muss an die Lebensverhältnisse der Menschen und die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten angepasst werden. Viele, zu viele sind, ohne sich dessen bewusst zu sein, über die Jahre von einer Ideologie indoktriniert, für sie ist mittlerweile selbstverständlich, dass mit der Stromproduktion aus Wind und Sonne die Emission von CO₂ vermieden wird. Dieser folgenschwere Irrtum rüttelt an den Grundfesten unserer Volkswirtschaft.

Die Windenergie wird in dem Pamphlet der Grünen dargestellt, als etwas Unverzichtbares von dem unser Schicksal abhängt. Tatsächlich ist die Stromproduktion mit Wind und Sonne absolut sinnlos und richtet großen volkswirtschaftlichen Schaden an. Für die damit verbundenen gewaltigen ökologischen und ökonomischen Schäden gibt es, wie im Folgenden erläutert wird, keine Rechtfertigung.

Die allgemein bekannte Fluktuation bei Wind und Sonne führt bei der Stromproduktion zu nichtsteuerbaren Unterbrechungen von Stunden, Tagen manchmal Wochen oder nur Minuten, was die tatsächliche Produktionszeit stark reduziert. Um eine Rechengrundlage zu haben, zieht man die realen Produktionszeiten zu sogenannten „Volllaststunden“ zusammen. So kommt man zu Vergleichsmöglichkeiten von X Prozent relativ zu 8760 Jahresstunden gleich 100%.

In dem von Fanatismus geprägten Papier der Grünen wird kräftig gelogen. Z.B.

Grüne: *„Bei Windkraftanlagen liegt der physikalische Wirkungsgrad in der Praxis üblicherweise zwischen 25 und 30%.“*

Tatsache ist:

Bei der Stromproduktion aus Wind auf dem Festland kann naturbedingt die 20%-Zeitgrenze nur im Großraum Bremen erreicht werden. Hessen 2012 = 16%, maximal 18.5% und bei Photovoltaik war die durchschnittliche Ausnutzung p.a. seit 2004 bei ca. 8% der Zeit. Die Überschneidung der Produktionszeiten von Wind und Sonne beschränkt die Stromproduktion aus Wind und Sonne auf maximal 25% der Zeit, wahrscheinlich nur 22-23%. (Volllaststunden Sowohl Frau Puttrich, die hessische Umweltministerin als auch Minister Altmaier haben mir in unterschiedlichen Gesprächsrunden bestätigt, dass die Einschätzungen richtig sind.

Grüne: *„Allein im Jahr 2010 hat Deutschland mit Hilfe der Windkraft knapp 32 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.“* Das ist Volksverdummung. Wenn man dem Quellenhinweis der Grünen für diese Behauptung folgt, kommt man nur zu einem anderen, der das Gleiche behauptet, ebenfalls ohne eine Berechnungsgrundlage aufzuzeigen.

Tatsache ist:

Wenn Wind und Sonne zusammen nur in 25% der Zeit Strom liefern können, geht der CO₂-Ausstoß bei 75% der Stromproduktion ungehindert weiter. Während der Wind- und Sonnenstromproduktion, in willkürlich fluktuierenden ca. 25% der Zeit, müssen im Hintergrund die fossilen Stromproduktionsanlagen im Stand-by-Modus, CO₂-ausstoßend, mitlaufen. Je nach Wind bzw. Sonnenprognose werden aus technischen Gründen „Stand-by-Kraftwerke,“ unterschiedlich weit bis total, heruntergefahren. Je nach Abkühlungsgrad dauert es 2- 24 Stunden, bis sie wieder Strom produzieren können. Neben dem Stand-by Modus erhöhen diese häufigen Lastwechsel durch die Wärmeverluste den Verbrauch fossiler Brennstoffe, sodass von der erstrebten CO₂-Reduzierung durch Wind- und Sonnenstrom fast nichts übrig bleibt, der Saldo in manchen Jahren so gar negativ sein kann.

Grüne: „Reicht die Windenergie für eine vollständige Versorgung aus? Nein, Windenergie allein kann unsere Versorgungssicherheit nicht gewährleisten. Aber ohne Windenergie ist eine Versorgung mit Erneuerbaren Energien in Deutschland kaum und wenn überhaupt nur mit immensem Aufwand und sehr hohen Kosten möglich. Windkraftanlagen liefern im Binnenland während 60 - 80% des Jahres Strom, wenn auch oft nicht auf voller Leistung.“

Es geht zu wie im Tollhaus.

Für das Wichtigste überhaupt, die Versorgungssicherheit, haben die Grünen auf 25 Seiten gerade 5 Zeilen übrig und da gehen sie dem realen Problem aus dem Wege. Zu erzählen, 60 – 80% des Jahres würden Windkraftanlagen Strom liefern, ist das Unwissenheit, oder ist das absichtlich gelogen? Jedenfalls ist die Sprache der Wissenschaft eindeutig. Um der Vergleichbarkeit willen sind %-Zeitangaben immer Volllaststunden und da sind in Hessen maximal 18,5% möglich und nicht 60 – 80%. Der Satz: „Aber ohne Windenergie ist eine Versorgung mit Erneuerbaren Energien in Deutschland kaum möglich.“ zeigt die ganze Grüne Hilflosigkeit, denn auch mit allen Erneuerbaren Energien zusammen, lässt sich in Deutschland keine Versorgungssicherheit erreichen.

An anderer Stelle schreiben sie: „Windkraftanlagen ersetzen aber Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken.“ Dass nichtsteuerbare Energien steuerbare Energien ersetzen sollen, ist absurd.

Es geht noch toller!

Um die dem Verbraucher aufgezwungene direkte Subventionierung des Windstroms zu rechtfertigen, wird sie verglichen mit den Leistungen des Staates aus Steuermitteln für die Infrastruktur usw. Als Beispiele werden genannt: Straßenbau, Wasserversorgung, Schulen, Gesundheitswesen usw. Hier wird offensichtlich, dass schon die Grundkenntnisse bezüglich des Funktionierens einer Volkswirtschaft fehlen. Staatliche Dienstleistungen sind keine Subventionen. Subventionen sind staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen, Branchen oder Fördermaßnahmen für vom Staat Gewolltes. Der Umweg über das EEG entstand aus der Lehre, die man aus dem Scheitern von Altbundeskanzler Schmidt am Kohlepfennig gezogen hatte.

Hier geht es jedoch darum, dass für Produktionsmethoden ein Vorrang erzwungen wird, der, wie vorstehend nachgewiesen, keinerlei Vorteile bringt, sondern die deutsche Volkswirtschaft z.B. 2012 mit 17 Milliarden Euro belastet hat, ohne dass es dafür irgendeinen Grund gab. Was hält dann das EEG am Leben? Erstens ist es eine Umverteilungsmaschine von unten nach oben und zweitens erzielen daraus die Gemeinden erhebliche Gewerbesteuererinnahmen. Alleinerziehende, Geringverdiener und Rentner zahlen insgesamt Milliarden an die Windkraftanlagenbesitzer. Z.B. für eine Windmühle ca. 20 000.- Euro Jahrespacht an Grundstücksbesitzer. Es ist der Wunsch nach Rendite, der die Energiewende in Schwung hält. (FAZ 23.8.12.)

Ständig wird in dem Grünen Pamphlet auf Gutachten von Greenpeace verwiesen. Unter: www.politikbetrachtung.de Briefe-Energie- (Euro) ab Seite 4, „Lügen mit der Wahrheit, ein reales Beispiel“ wird in einem Schriftwechsel zwischen einem von Greenpeace beauftragten Ökoinstitut und dem Verfasser nachgewiesen, dass zuerst das Ergebnis des Gutachtens festgelegt wird und dann die mathematischen Formeln so manipuliert werden, dass das Ergebnis nur den Wünschen entsprechen kann.

Jeden Vogel- und Tierfreund schaudert es, und er ist entsetzt, wenn er liebt, wie die Grünen heute über die Massentötung von Vögeln und Fledermäusen denken. Sie schreiben: „Nur wenige Brutvogelarten sind gegenüber Windenergieanlagen empfindlich oder in besonderem Maße durch Kollisionen gefährdet. Beruhigend ist, dass die Ornithologen keine einzige Art durch die Windkraft akut in ihrem Bestand gefährdet sehen. Auch Fledermäuse können mit Windenergieanlagen kollidieren. Eine übermäßige Gefährdung lässt sich hier aber durch gezielte, stundenweise Abschaltungen der Anlage minimieren. Fazit: Eine von den Windkraftgegnern beschworene existenzielle Bedrohung für Vögel und Wildtiere können wir nicht entdecken.“

Die Grünen sind also beruhigt, wenn durch die Windmühlen keine Vogelart ausstirbt, sich die Zahl der getöteten Fledermäuse durch technische Maßnahmen reduzieren lässt und sie keine „existenzielle Bedrohung für Vögel und Wildtiere entdecken können.“ Was für eine Degeneration einer Partei, die sich einstmals für den Naturschutz engagierte und in Nordrhein-Westfalen mit Bärbel Höhn so gar eine Feldhamsterschutzbeauftragte hatte.

Arbeitsplätze „Entstehen durch Ausbau der Erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze?“

Fragen die Grünen und reduzieren dann die Frage auf eine angebliche möglicherweise erfundene Antwort: Arbeitsplätze, die bei den Erneuerbaren entstünden, verdrängten Arbeitsplätze bei der fossilen Energieerzeugung. Dann ziehen sie Vergleiche mit den Pferdehändlern, die dem Auto, und den Schreibmaschinen, die dem PC weichen mussten. Sie kommen zu dem Schluss: „.....dass die klein und mittelständische sowie dezentrale Ausrichtung der Erneuerbaren-Branchen viel personalintensiver als die zentralisierten Großbetriebe der fossilen und atomaren Energieerzeugung ist.“ Und wollen so das Entstehen neuer Arbeitsplätze beweisen.

Da stockt der Atem. Ein Produktionsverfahren so ändern, dass für die Herstellung von Gleichem mehr Personal gebraucht wird und das dann zu loben für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, ist geradezu abenteuerlich. Immer wenn Gleiches in gleicher Menge mit „einem Mehr an Arbeitsplätzen hergestellt werden soll, ist das branchenunabhängig immer eine volkswirtschaftliche Belastung, weil es zur Verteuerung führt.

Tatsächlich geschieht Folgendes: Es entstehen Arbeitsplätze, die ohne Markteingriff nicht entstanden wären. Die Arbeitsplätze und die Beschäftigten werden bezahlt aus Zwangsabgaben, die über die Stromrechnung bei den Bürgern und den Unternehmen erhoben werden. Sie entziehen den Bürgern die Kaufkraft zum Erwerb wünschenswerter Produkte und Leistungen und der Wirtschaft die Investitionsmittel und, was besonders schwer wiegt, auch die Arbeitskräfte, die dringend dort gebraucht werden, wo Markt herrscht, stattdessen entstehen im Gegenzug von allen Bürgern alimentierte Arbeitsplätze. Schlimme Folgen hat das für die schwächeren privaten Haushalte und für die energieintensive Industrie. Das Schlimme ist, von den Grünen wird das positiv bewertet.

In ihrem Pamphlet verwenden die Grünen den Begriff „neoliberale Marktradikale“. Einen deutlicheren Beweis für den Mangel an ökonomischem Sachverstand ist kaum möglich, den neoliberal ist das genaue Gegenteil von marktradikal. Ludwig Erhard war ein Neoliberaler. Neoliberale verlangen, dass dem Markt Regeln gesetzt werden und ein starker Staat die Einhaltung kontrolliert. Folgende Gleichung hilft beim Verstehen:

Genau, wie ein Fußballspiel in Regeln ablaufen muss, braucht der Markt seine Marktordnung. So wie der Fußball Linien- und Schiedsrichter mit der Macht zur Ahndung der Übertretung braucht, müssen dafür eingesetzte staatlich legitimierte Organe Übertretungen korrigieren und ahnden können und auch müssen. Aber sowenig, wie der Schiedsrichter spielgestaltend wirken darf, sowenig darf der Staat, bei ordnungsgerechtem Verhalten der Marktteilnehmer, in den Markt eingreifen.

Wichtig! Bei der Gestaltung der Regeln muss die Politik die Grenzen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten beachten. Politik darf nur das Mögliche wollen.

26.8.2012

Nachfolgend ein in der FAZ im Juni 2013 veröffentlichter Brief. Er zeigt, welche Folgen es hat, wenn verantwortliche Politiker kein ordnungspolitisches Verständnis haben. In diesem Falle führt es dazu, dass zwischen Vor- und Nachteil nicht mehr unterschieden werden kann.

Der EU fehlt Verständnis für den Markt

Zu "EU-Kommission beharrt auf Strafzöllen gegen China" (F.A.Z. vom 29. Mai): Wenn China ein Produkt, egal auf welche Weise, so verbilligt, dass wir es in China billiger kaufen können, als es in Deutschland produzierende Firmen anbieten können, so ist das für unsere Volkswirtschaft ein Vorteil. Das sagte schon Adam Smith. Das gilt grundsätzlich gleichermaßen für alle Geschäfte, nicht nur zwischen zwei Ländern. Dass das in Deutschland zu Arbeitsplatzwechseln führt, ist aus volkswirtschaftlicher Sicht kein Nachteil, denn am neuen Arbeitsplatz werden sie wahrscheinlich zu volkswirtschaftlich effizienterer Wertschöpfung beitragen. Dass Unternehmen untergehen, ist die Voraussetzung für Fortschritt, Überflüssiges geht, Neues kommt. Das unternehmerische Risiko gehört zum Markt, es ist ihm immanent.

Jetzt will Brüssel auf initiative eines Unternehmens, das so ohne deutsche Subventionen nicht existieren würde, den Nutzen chinesischer Subventionen für die europäischen Volkswirtschaften verhindern. Der Nutzen, die Differenz zwischen Importpreis und Inlandspreis, soll vom Zoll abgeschöpft werden, um in Zukunft die billigen Importe zu verhindern. Beschützt vom Brüsseler Hegemon, soll weiter zu Lasten unserer Volkswirtschaft in Deutschland teurer produziert werden, was billiger gekauft werden könnte. Die Brüsseler Botschaft an China lautet, werdet teurer, dann kaufen wir wieder. Bei der Betrachtung dieser Brüsseler Verrücktheit erkennt man, es fehlt die Kompetenz. Sie können es nicht besser. Es fehlt das Grundverständnis für Markt und Ordnungspolitik. Wer schützt die Verbraucher in der EU vor dieser Kommission?

Die jetzt auffällig gewordenen Solarmodule sind nur ein Mosaikstein chinesischer Handelspolitik. Direkte staatliche Subventionen dienen der chinesischen Regierung nur noch gelegentlich zur Realisierung spezieller Ziele. Eine Konstante der chinesischen Exportpolitik ist die Manipulation des Kurses der chinesischen Währung. Er wird von der chinesischen Zentralbank niedrig gehalten, wie von der Regierung vorgegeben. Die Folge dieses Währungsdumping ist, Importeure aus anderen Ländern kaufen dort Waren zu Preisen unter ihrem tatsächlichen Wert. Wir Bürger im Euroraum können in unseren Kaufhäusern chinesische Produkte zu Preisen finden, die aus europäischer Produktion nicht möglich wären.

Aber es ist hier wie immer, wenn von der Politik in den Markt hineinregiert wird. Wenn im Markt etwas festgesetzt wird und sich nicht frei bewegen kann, hat das Folgen, die nicht bedacht wurden und die keiner haben will. Politische Markteingriffe haben mindestens zwei Folgen, eventuell die gewollten und mit Sicherheit auch ungewollte und alternativ, nur ungewollte. In Deutschland ist am aktuellen Beispiel zu sehen: Ohne EEG, an einem normalen Markt, würden die billigen Solarmodule zu einer Strompreisreduzierung führen. Mit EEG konnte das chinesische Subventionsgeschenk von den Photovoltaikinvestoren abgeschöpft werden, denn die Sonnenstromverkaufspreise sind politisch vorherbestimmt.

In China verbilligt die Währungsmanipulation nicht nur die Exporte, sondern sie verteuert auch die Importe. Dadurch verlieren die Löhne an Kaufkraft, die Bevölkerung wird ärmer, Importe, Rohstoffe werden teurer. Marktmanipulationen rächen sich. In einer Krise kann in China die Binnennachfrage mangels Kaufkraft der Bevölkerung die Wirtschaft nicht stützen. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass staatliche Interventionen in die Wirtschaft irgendwann wie ein Bumerang zurückkommen. Wichtig ist, dass möglichst viele erkennen, dass es sich bei einer solchen Marktmanipulation beziehungsweise Währungsmanipulation, wie wir sie auch schon in Europa erlebten, nur um eine primitive Rabattgewährung handelt, Rabatte auf Exporte, gewährt zur Verschleierung inkompetenter Wirtschaftspolitik, bezahlt von den Bürgern.

Horst Steinmetz, Frankfurt

Folgender Link führt zu einer Umfrage von Bild pro oder Contra Atomkraft
http://www.buerger-fuer-technik.de/body_65_fur_kernenergie.html.

Interessant aber kaum repräsentativ

* Prof. Kirstein analysiert IPCC. Nachfolgend ein Absatz aus seiner chronologischen Analyse. Folgender Link führt zu Gesamtanalyse.

<http://www.eike-klima-energie.eu/climategate-anzeige/die-klimakatastrophe-von-1986-und-was-daraus-wurde-ein-kritischer-rueckblick-zum-klimawandel/>

Damals gab es zunächst wenige Kritiker zu dieser Forschungsrichtung. Einige Jahre später wurden aber zunehmend kritische Äußerungen bekannt, zunächst von Insidern des IPCC. Zum Beispiel schrieb Hartmut Bachmann², der von Anfang an dem IPCC sehr nahe stand, das Buch: „Die Lüge der Klimakatastrophe“. Die zentrale Frage in seinem Buch lautet: „Cui bono?“ Auf der Grundlage seiner umfangreichen Erfahrungen beim IPCC berichtet er über kriminelle Machenschaften und Manipulationen zur Erzeugung von Angst als Machtmittel. Er zitiert wörtlich einige Vertreter des IPCC: „Um Aufmerksamkeit zu erregen, brauchen wir dramatische Statements und keine Zweifel am Gesagten. Jeder von uns Forschern muss entscheiden, wie weit er eher ehrlich oder eher effektiv sein will.“ Oder: „Unless we announce desasters, nobody will listen.“ Diese zutiefst unwissenschaftliche Konzeption, die die mehr politische als wissenschaftliche Tätigkeit des IPCC offenlegte, hat dann auch andere Wissenschaftler bewogen, den Weltklimarat wieder zu verlassen. Vincent Gray³, ehemaliger Expert Reviewer des IPCC, stellte Mitte 2008 fest, dass der Weltklimarat grundsätzlich korrupt sei und daher abgeschafft werden sollte. Und weiter: Dass die Erde durch Kohlendioxid-Emissionen aufgewärmt würde, sei „tödlich“ fehlerhaft. Als weiteres Beispiel sei hier noch der schwedische Ozeanograph Nils Axel Mörner⁴ erwähnt. Er war von 2000 bis 2007 beim IPCC Hauptberichterstatter für den Meeresspiegel-Anstieg. Er leitet seit Jahren das Stockholmer Institut für Paläogeowissenschaften. Nach seinem Ausscheiden beim IPCC setzte er sich in einem Interview sehr kritisch mit der beim IPCC geführten Meeresspiegel-Betrachtung auseinander: „I have been the expert reviewer for the IPCC, both in 2000 and last year (2007). The first time I read it, I was exceptionally surprised. First of all, it had 22 authors, but none of them were sea-level specialists...“ „If you go around the globe, you find no rise anywhere. But they (IPCC) need the rise.“ - Ein vernichtendes Urteil eines IPCC-Insiders zu allen Überflutungs-Szenarien und letztlich auch zur Arbeitsweise des IPCC.

Hier braucht es keinen Kommentar.

Der niedersächsische Ministerpräsident Weil sprach sich am 14.8.13 im NDR trotz der Probleme für einen Ausbau von Offshore-Windparks aus. Sie seien im Gegensatz zu Solaranlagen und Windkraftanlagen an Land „grundlastfähig“, könnten also 365 Tage im Jahr 24 Stunden lang Strom liefern. Dies brauche Deutschland, um den Atomstrom zu kompensieren.

Das veranlasste mich zu folgendem Brief;

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Ich gehe davon aus, dass auch sie den mündigen Bürger wollen. Das setzt aber voraus, dass er von allen Seiten, die dazu beitragen können, sachgerecht und richtig informiert wird. Diesbezüglich besonders hohe Erwartungen sind an Regierungen zu richten. Laut „Focus Money Online“ sollen sie bei der Feier anlässlich der Fertigstellung des Windparks Riffgat im NDR gesagt haben:
„Offshore Windparks seien im Gegensatz zu Solaranlagen und Windkraftanlagen an Land grundlastfähig, könnten also 365 Tage im Jahr 24 Stunden lang Strom liefern.“

Selbst der Entwickler des Projekts Riffgat, die OWP Delta Nordsee GmbH in München, geht nur von einer Ausnutzung von 45.66% aus, denn er nennt einen Energieertrag von 4000

Volllaststunden, eine immer noch utopische Zahl, während sie sagten 100%, gleich 8760 Stunden, seien der Energieertrag.

Das ist eine geradezu unglaubliche Irreführung nicht sachverständiger Zuhörer und Leser. Es entsteht ein Einschätzungsdilemma. Entweder ist der sozialdemokratische Ministerpräsident wirklich so unwissend, dass er einen solchen Unsinn erzählen kann, oder er ist als Verteidiger einer rein ideologisch begründeten Energiepolitik so skrupellos, dass er die Bevölkerung in der Hoffnung, diese würden die Details nicht verstehen, schamlos belügt.
.....

Ich erhielt folgende Antwort:

Vielen Dank für Ihre E-Mail. Ministerpräsident Weil hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ministerpräsident Weil hat nicht von "Volllaststunden" gesprochen, sondern darauf hinweisen wollen, dass die Offshore-Windenergie im ganzen Jahr über Strom liefert. Dies hat der Windpark Alpha Ventus beispielsweise für die Jahre 2011 und 2012 bestätigt. Danach verteilen sich die Erträge nahezu gleichmäßig über das ganze Jahr. Rechnerisch kam man auf eine Volllaststundenzahl von 4500. Die Offshore-Windenergie kann zwar keine Grundlast in Höhe der Volllast wie ein Kernkraftwerk erbringen. Der Begriff "Grundlastfähigkeit" soll deshalb zum Ausdruck bringen, dass im gesamten Jahresverlauf mit gesicherten Einspeisungen gerechnet werden kann. Das ist auch energiepolitisch von Bedeutung.

Zur effizienten Nutzung sind natürlich noch mehrere Jahrzehnte Regelenergie-Kraftwerke erforderlich, damit die Systemsicherheit garantiert werden kann. Zum Erzeugungsmix gehören sicher auch die Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf, wie damit die Versorgungssicherheit erhöht werden kann.

Kommentar

„Grundlastfähig“ ist ein eindeutiger Begriff, der hier eindeutig benutzt wird, um etwas darzustellen, was nicht ist, um Meinungsbildung zu beeinflussen. Die Wahrheit wäre lästig gewesen.

Zettelkasten

Soweit steigende Strompreise von Unternehmen nicht an die Kunden weitergegeben werden können, verkürzen sie das Steueraufkommen. Weitere Folgen:

Arbeitslosigkeit steigt
Sozialbeiträge sinken
Sozialkosten steigen.

FAZ 6.9.13/S13

Im August 2013. erhielten Ökostromerzeuger 2,4 Milliarden € für erzeugten Strom, der an der Börse 223 Millionen € erlöste,

Bis einschließlich 2012 beträgt die EEG-Ausschüttung an Betreiber 99 Milliarden Euro. Weitere ca 300 Milliarden sind für die Zukunft garantiert. Quelle?

Interview: Unions-MdB Hans-Peter Uhl FAZ 18.7.13:

„Der Staat darf nicht ein politisches Versprechen abgeben, das er technisch nicht halten kann. Das wäre einfach unseriös.“